



Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Osterstr. 39 A · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 16.09.2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach den intensiven Wochen des Kommunalwahlkampfes sind wir wieder in den Plenarabschnitt des Septembers gestartet.

Die Wahl am letzten Sonntag hat für uns in Hildesheim ein gutes Ergebnis hervorgebracht. Unser Ziel, die 14 Sitze im Rat zu verteidigen ist gelungen. Darüber hinaus haben wir bei einer gestiegenen Wahlbeteiligung rd. 2600 Stimmen hinzugewinnen können. Das ist großartig. Darauf können wir alle miteinander stolz sein. In vielen Orten haben wir die Direktwahlen unserer Bürgermeister und Landräte gewonnen. Besonders freue ich mich natürlich für **Olaf Levonen** hier in Hildesheim. Toll, dass es gleich im ersten Wahlgang geklappt hat!



Unsere Nachbarn im Kreis Peine gaben dem Genossen **Franz Einhaus** erneut ihr Vertrauen und mein Fraktionskollege **Holger Heymann** wurde zum neuen Landrat des Landkreises Wittmund gewählt. Für ihn wird der ehemalige Kollege **Ralf Borngräber** aus dem Landkreis Rotenburg/Wümme in den Landtag nachrücken.

An anderen Orten gehen wir mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten in die Stichwahl. Hier heißt es nochmal Luft holen und nochmal alles in der noch verbleibenden Zeit mobilisieren. Dies gilt in Sibbesse mit Andreas Amft und in Harsum, wo Marcel Litfin von uns unterstützt wird.

Leider müssen wir aber auch feststellen, dass die AfD in Niedersachsen angekommen ist. Wir müssen in den nächsten Jahren deutlich machen, dass Populismus nicht die Lösung auf die Probleme vor Ort und im Land ist. Wir müssen beweisen, dass wir trotz der politischen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner in der Lage sind, das Land, den Kreis und die Kommunen stabil, sicher und sozial gerecht zu gestalten.

Niedersachsen geht es gut. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem Rekordtief, die Wirtschaft zeigt sich äußerst robust und die Steuereinnahmen steigen. Der in diesem Plenarabschnitt einzubringende **Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018** kann daher wichtige Impulse für die Zukunft unseres Landes setzen:

- Fortsetzung der „Zukunftsoffensive Bildung“ mit Investitionen in Höhe von 157 Millionen Euro in neue und bessere Ganztagschulen
- Investition in die frühkindliche Bildung
- 2100 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen

- Einführung der Heilfürsorge für die jungen Kolleginnen und Kollegen unserer Polizei sowie Erhöhung der Zuschläge für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
- Ein Bauunterhaltungspaket zum Erhalt unserer Infrastruktur
- Erhöhung der Einstellungszahlen bei der Polizei
- Abbau des Investitionsstaus bei unseren Krankenhäusern in Höhe von 1,357 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020

Viele dieser Projekte sind einmalig in der Landesgeschichte. Einmalig ist auch, dass dieser **Haushalt ab 2018 ohne neue Schulden** auskommen wird. Das hat es noch nie in der siebzigjährigen Geschichte des Landes Niedersachsen gegeben. Wir setzen mit diesem Haushalt also wichtige Impulse für die Zukunft und zugleich unseren Kurs der soliden Haushaltspolitik fort.

Grundvoraussetzung für diese finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten ist eine weiterhin robust laufende Wirtschaft. In Niedersachsen ist eine leistungsstarke und international wettbewerbsfähige maritime Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Unser Wirtschaftsminister Olaf Lies hat daher ein Perspektivpapier „Hafen Niedersachsen 2020“ vorgelegt, das Strategien für die Zukunft unserer Häfen abbildet. Diese Strategie haben wir in unserer **Aktuellen Stunde „Der Hafen Niedersachsen 2020 – für eine aktive und strategische Hafenpolitik“** zum Thema im Landtag gemacht.

LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT

An dieser Stelle – wie immer – ein kurzer Überblick zu den wichtigsten Gesetzesentwürfen und Entschlüssen:

Gesetzesentwürfe

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe

Ziel des Gesetzesentwurfs ist es, die sich aus Veränderungen des europäischen Rechts ergebenden Vorgaben vollständig und rechtzeitig in das Kammergesetz für die Heilberufe aufzunehmen. Unter anderem werden Regelungen zur Haftpflichtversicherung von ärztlichem Personal eingeführt.

Entwurf eines Gesetzes über eine Anstalt für das klinische Krebsregister in Niedersachsen (GANstKKN)

Durch den Gesetzesentwurf wird bei der Ärztekammer Niedersachsen ein landesweites klinisches Krebsregister eingerichtet. Dazu wird eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet, die das klinische Krebsregister betreibt. Durch die Einrichtung wird die Krebsfrüherkennung (insbesondere für Gebärmutterhalskrebs und Darmkrebs) in organisierte Programme überführt.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des niedersächsischen Wahlgesetzes

Der Gesetzesentwurf verfolgt das Ziel, eine verfassungskonforme Einteilung der Landtagswahlkreise für die 18. Wahlperiode vorzunehmen. Mit dem Gesetz haben wir die Anregungen der Landeswahlleiterin umgesetzt und leichte Anpassungen in einzelnen Wahlkreisen umgesetzt. Von der Änderung betroffen sind die Wahlkreise Peine, Wolfenbüttel-Süd, Seesen, Goslar, Bergen, Einbeck, Buxtehude, Stade, Hadeln-Wesermünde, Osnabrück-Ost, Osnabrück-West, Cuxhaven, Unterweser, Friesland und Wesermarsch.

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung von Vorschriften über Berufsbezeichnungen, Berufsausübung und Weiterbildung in Gesundheitsfachberufen

Mit dem vorliegenden Gesetz setzen wir Veränderungen im europäischen Recht in nationales Recht um. In diesem Rahmen ändern wir zusätzlich eine ganze Reihe von Vorschriften über die Gesundheitsfachberufe. Entfallen wird zukünftig beispielsweise die bisher geschützte Berufsbezeichnung „Heilerziehungspflegerin“ oder „Heilerziehungspfleger“.

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Schulen für Gesundheitsfachberufe und Einrichtungen für die praktische Ausbildung (NSchGesG)

Das im Entwurf vorgelegte Gesetz soll der landesrechtlichen Konkretisierung von bundesrechtlichen, ausbildungsbezogenen Regelungen zu den nichtärztlichen Heilberufen (Gesundheitsfachberufe) dienen. Die jeweiligen Bundesgesetze sehen vor, dass alle Schulen für Gesundheitsfachberufe einer staatlichen Anerkennung bedürfen. Das Niedersächsische Schulgesetz findet jedoch nicht auf Schulen für andere als ärztliche Heilberufe und ähnliche Berufsausbildungsstätten besonderer Art Anwendung. Um diese Regelungslücke für Schulen, die nach einem Gesetz zur Zulassung zu einem anderen als ärztlichen Heilberuf ausbilden, zu schließen, ist das vorliegende Gesetz geplant.



Entschließungsanträge

Grundlage für die Ausweisung des Drömlings als UNESCO-Biosphärenreservat in Niedersachsen schaffen - länderübergreifende Zusammenarbeit fördern

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, die notwendigen Voraussetzungen für die Anmeldung des niedersächsischen Teils des „Drömlings“ zum UNESCO-Biosphärenreservat bereitzustellen.

Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der inklusiven Schule

Wir wollen die inklusive Schule als Teil einer inklusiven Gesellschaft. Mit der Verabschiedung des Schulgesetzes von 2012 wurde ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Artikels 24 der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vollzogen. Mit dem Grundsatz, dass alle Schulen inklusive Schulen sind, wird ein umfassender Entwicklungsprozess zur Verwirklichung inklusiver Bildung fortgesetzt. Mit der Novellierung des Schulgesetzes, die zum 01.08.2015 in Kraft getreten ist, wurde die gesetzliche Grundlage für die schulische Inklusion fortentwickelt. Auf dieser Grundlage soll die Weiterentwicklung der inklusiven Schule gestaltet werden. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung dazu auf, im ersten Quartal 2017 ein Rahmenkonzept dazu vorzulegen. Darin enthalten sein soll ein Vorschlag zum Verfahren zur Feststellung des Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung sowie zur systembezogenen Zuweisung von Ressourcen für die sonderpädagogische Unterstützung an Schulen.

Sicherung der Qualität im ÖPNV - Anpassungsbedarf im Zusammenhang mit dem Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit

Das Personenbeförderungsgesetz aus dem Jahr 2013 legt den Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit fest. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung u. a. auf, über eine Bundesratsinitiative in Abstimmung mit weiteren Bundesländern das Personenbeförderungsgesetz so zu ändern, dass der Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit abgeschafft wird, um einen ungleichen Wettbewerb zu verhindern. Gerade bei uns in Hildesheim haben erfahren müssen, welche fatalen Auswirkungen die bestehende Regelung haben kann. Noch heute zittern wir zusammen mit den Beschäftigten des Stadtverkehrs um die Beauftragung durch die Landesnahverkehrsgesellschaft für die nächsten zehn Jahre. Der Bundesverkehrsminister ist jetzt gefordert, hier dringend Abhilfe zu schaffen.

Illegalen Exotenhandel bekämpfen - Tierschutz verbessern

Der Handel mit und die Haltung von Exoten in Deutschland steigen seit Jahren an. Insbesondere der Handel mit exotischen Säugetieren nimmt zu. Infolge des Exotenhandels werden Tierbestände in Asien, Afrika und Lateinamerika dezimiert. Weil keine Haltungsverfahren vorliegen, können Exoten von jedem Menschen erworben werden, unabhängig davon, ob er über sachkundige oder materielle Voraussetzungen verfügt. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, verpflichtende Sachkundenachweise zu entwickeln und einzuführen.

Wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Wohlstand umfassend messen - Informationsgrundlage für Entscheidungen verbessern

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, unterstützend zur niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie einen Index oder ein Set von Indikatoren zu entwickeln, das die gesellschaftliche Wohlstandsentwicklung einschließlich der Auswirkungen auf Umwelt und Ressourcenverbrauch möglichst umfassend misst.



Meinen Redebeitrag im Plenum am Mittwochabend habe ich zur ersten Beratung des **Gesetzes zur Flexibilisierung von Standards für kommunale Körperschaften** gehalten. Der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion sieht die Flexibilisierung einer ganzen Reihe von Vorgaben vor, die das Land den niedersächsischen Kommunen geben soll. Geht es nach dem Willen der FDP, soll es möglich sein, von bewährten, verbindlichen Bestimmungen, wie z. B. der Bauordnung oder dem Landesvergabegesetz, auf Antrag abzuweichen. Einen Bürokratieabbau, geschweige denn Arbeitserleichterungen, kann ich

in diesen Abläufen nicht wirklich erkennen. Wir werden im Innenausschuss weiter in dieser Sache beraten. Ich kann aber aus heutiger Sicht schon sagen, dass ich mir eine pauschale Regelung, in welcher Form auch immer, nur schwer vorstellen kann.

Meine Rede steht – wie gewohnt – im vollständigen Wortlaut auf meiner Homepage unter www.bernd-lymack.de zum Nachlesen zur Verfügung.

Nachrichten aus dem Wahlkreis

Der **Kommunalwahlkampf 2016** hat uns als SPD alle ordentlich in Schach gehalten. Wir haben eine Reihe von Aktionen durchgeführt, an den Wahlständen gestanden, mit dem SPD-Mobil Werbung gemacht und viele Gespräche mit Menschen geführt. Auch die Hausbesuche haben sich bewährt. Wir haben an zahlreichen Klingeln in Hildesheim geläutet und für unsere Politik geworben. Und es hat sich gelohnt! Unser Gesamtergebnis als SPD ist toll und wir nehmen den Auftrag der Wählerinnen und Wähler gerne an. Allen Gewählten gratuliere ich an dieser Stelle nochmals recht herzlich. Ich freue mich auf die Arbeit mit Euch in den nächsten fünf Jahren! Herzlichen Dank auch allen, die uns in den vergangenen Wochen und Monaten im Kommunalwahlkampf unterstützt haben. Egal, ob an den Infoständen, beim Plakatieren oder mit einer Kandidatur auf unseren Listen. Jede Unterstützung war wichtig und hat zum guten Gesamtergebnis beigetragen.





Ich fand es großartig, dass unser Ministerpräsident Stephan Weil zusammen mit unseren Jusos Hildesheim während des Hildesheimer Pflasterzaubers mehrere hundert rote Rosen verteilt hat. Neben seiner Werbung, bei der Kommunalwahl wählen zu gehen, konnte er vielen Menschen ein Lächeln ins Gesicht zaubern. Passend zum Pflasterzauber.

Ebenso hat uns Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier auf dem Hildesheimer Marktplatz unterstützt. Auf seine Aussage: "Wir brauchen keine AfD



in den kommunalen Parlamenten. Dieser Brandsatz muss schon in der Wahlkabine gelöscht werden", hat er starken Beifall bekommen. Über 700 Menschen sind bei bestem Sonnenscheinwetter auf den Marktplatz gekommen, um Frank-Walter zu hören und die Notenträger der Lebenshilfe bei ihrer musikalischen Einlage zu unterstützen. Eine rundum gelungene Veranstaltung, bei der ich viele bekannte Gesichter gesehen habe.



"Demokratie beginnt in den Kommunen", so der leidenschaftliche Appell unseres Innenministers Boris Pistorius zu Beginn unserer Veranstaltung "Vier Wahlen. Wir handeln. Gemeinsam für Hildesheim." Im gut gefüllten Riedelsaal der Volkshochschule haben alle auf Einladung des SPD-Stadtverband Hildesheim mit dem Innenminister über die Herausforderungen, Möglichkeiten und Grenzen von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern diskutiert. Mit dabei auf dem Podium waren der neue Landrat Olaf Levonen, Ratsmitglied Beate König, Kreistagsmitglied Pascal Kubat, Landrätin a. D. Ingrid Baule sowie die Ratskandidatinnen Monika Höhler und Antonia Hillberg, die uns zusammen mit Dirk Schröder souverän durch den Abend geführt hat.

Neben den vielen Wahlkampfterminen war ich zu Besuch in der neuen Rettungswache des ASB in Hildesheim. Im Gespräch mit dem Geschäftsführer des ASB, Markus Dolatka, habe ich nicht nur den neuen Stützpunkt besichtigt, sondern auch einen Einblick in die vielfältigen Aufgabenbereiche erhalten. Schön, dass wir uns so sicher fühlen können.



Einen tollen Termin hatte ich im Rathaus. Der Verein Politik zum Anfassen e. V. ist auf Initiative des Jugendforums mit dem Projekt 'Pimp your Town' in Hildesheim zu Gast gewesen. Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Jahrgänge haben somit die Politik im Rathaus übernommen. Einen ganzen Tag lang erarbeiteten und diskutierten die Jugendlichen eigene Anträge in Fraktionen und Ausschüssen, bevor sie am Nachmittag endgültig in einer fiktiven Ratssitzung entscheiden wurden. Zusammen mit weiteren Ratskolleginnen und -kollegen habe ich die Patenschaft für eine Gruppe übernommen. Eine tolle Möglichkeit, Demokratie vor Ort hautnah zu erleben. Ich bin jetzt schon wieder ganz begeistert von den vielen guten Anträgen, die zum Teil sicherlich auch in die reale Ratsarbeit einfließen werden.

Soweit mein Bericht aus dem Landtag zum September-Plenum. Der nächste Plenarabschnitt ist für die Zeit vom 26. bis 28. Oktober nach den Herbstferien angesetzt.

Herzliche Grüße